Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cl., G.: Reichsspiegel : (vom 16. bis 22. April)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Reichsspiegel

(vom 16. bis 22. April)

Sport, Luxus, Wehrfragen

Der Untergang der Titanic — Sport und Luxus — Die Sicherheit auf deutschen Schiffen — Notwendigkeit schärferer internationaler Kontrolle — Kriegerische Stimmung — Frankreich in Marokko — Kriegstreiberei in Deutschland — Der Wert des Vertrages vom 4. November 1911 — Die Wehrvorlage im Reichstag — Die Deckungsfrage — Herrn Wermuths Aufsatz in letzter Stunde

Leid verbindet. Ein Unglück, eine Katastrophe, wie sie durch menschliche Schuld wohl noch nie in der Geschichte des Menschengeschlechts verursacht wurde, richtete die Gedanken vieler hundert Millionen Erdenbewohner, soweit sie dem gebändigten elektrischen Funken erreichbar, für Stunden, ja Tage auf ein einziges Ereignis: auf den Untergang der Titanic. Was menschliche Kunst vermag, war aufgewendet worden, um der White Star Line ein Schiffsungetüm von bis dahin unerreichten Abmessungen und Leistungen zu bauen, um lebenswilligen Menschen in unerhörter Zahl die Möglichkeit zu geben, neuen Hoffnungen, neuen Gestaden zuzueilen. An den ehernen Gesetzen der Natur barst tollkühnes Wollen, und fast zweitausend Lebensfroher mußten unwürdig, wie junge Katzen, die der Vorsehung spielende Knecht im Sacke in den Teich wirft, hinunter in die Tiefe des Todes. Leid verbindet. Millionen Menschen aller Zonen und Rassen stehen an diesem entsetzlichen Massengrabe und bekennen erschüttert, daß es etwas Mächtigeres gibt als menschlichen Geist und menschlichen Willen.

Die Katastrophe hat uns zwei Übertreibungen unserer Kultur so grell beleuchtet, daß wir ein dem Untergange geweihtes Geschlecht sein müßten, wollten wir nicht aus ihm Lehren ziehen: Sport und Luxus. Die Durchquerung des atlantischen Ozeans ist zum Sport der beteiligten Schiffahrtsgesellschaften geworden! Die Kapitäne haben nicht mehr die alleinige Aufgabe, die ihnen anvertrauten Menschen und Güter wohlbehalten über das Meer zu führen; unsere hastende Zeit fordert von ihnen die Überbietung jeder erreichten Geschwindigkeit und stachelt dadurch ihren Wagemut bis ins Unendliche. Nach allen bisher ernst zu nehmenden Nachrichten darf man das sportliche Moment, die Rekordwut, als die wesentlichste Ursache des Unglücks bezeichnen. Für den Umfang der Katastrophe aber tritt ein weiteres Moment hinzu: das Luxusbedürfnis und die Erziehung des Publikums zum Luxus durch die miteinander

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

konkurrierenden Schiffahrtsgesellschaften. Die Katastrophe brauchte den Umfang nicht zu erreichen, wenn statt der vorhandenen Tennisplätze, Wintergärten und breiten Promenaden die Zahl der Rettungsboote größer gewesen wäre. Die Aussagen der geretteten Mannschaft stimmen darin überein, daß die Zeitspanne zwischen dem Auflaufen des Schiffes auf den Eisberg und seinem Sinken ausgereicht hätte, um alle Fahrgäste wenigstens von dem sinkenden Koloß abzubringen. Da die See ruhig und die Nacht klar war, wäre es theoretisch möglich gewesen, alle Fahrgäste und die Besatzung zu retten, selbst wenn das helfende Schiff, die Carpathia, erst Stunden nach dem Versinken der Titanic an die Unglücksstelle gelangt wäre. Also die Opfer sind ungeheuer groß trotz der günstigsten Nebenumstände, und deshalb muß auch die Schuld der White Star Line besonders hervorgehoben werden.

Nun ist naturgemäß die Frage aufgetaucht, wie es denn mit den Sicherheitsvorrichtungen der deutschen Schiffahrtsgesellschaften stehe. Im allgemeinen ist die Sicherheit auf den deutschen Schiffen größer als auf den englischen, von den französischen gar nicht zu sprechen. Wer einmal auf einem deutschen und auf einem englischen Dampfer den Ozean durchquerte, kennt den augenfälligen Unterschied zwischen dem Leben auf diesem und jenem. Auf den deutschen Dampfern ist der Dienst straffer organisiert, das Personal viel sorgfältiger ausgewählt und ausgebildet, und der Reisende hat viel mehr das Empfinden, daß man um sein Wohlergehen ganz persönlich bemüht ist, als auf den englischen Schiffen. So fühlt sich denn auch der Engländer im allgemeinen wohler auf dem deutschen als auf dem englischen Schiffe. Mit dem Ausbau der Sicherheitsvorrichtungen scheint man indessen auch bei Lloyd und Hapag nicht auf allen Schiffen gleichmäßig vorgegangen zu sein. Zwar sind die entsprechenden Vorschriften für deutsche Schiffe bedeutend strenger als für die irgendeiner anderen Nation, zwar ist die Zahl der Rettungsboote und Rettungsgürtel reichlicher auf deutschen Schiffen bemessen als auf den anderer Handelsmarinen, aber es scheint doch, als wenn auch von den Schiffen unserer Gesellschaften bei Verhältnissen, wie sie beim Untergange der Titanic mitsprechen, nicht jeder Schiffsgast bis auf den letzten Mann vom Schiff gebracht werden könnte, und zwar aus dem gleichen Grunde wie bei der Titanic, weil die luxuriöse Einrichtung zu viel Raum beansprucht. Das Mißgeschick der Titanic wird nun wahrscheinlich zu einer Besserung der Verhältnisse führen, wenigstens bei uns und für die nächsten Jahre. Aber unsere Zeit ist vergeßlich. Vielleicht schon nach wenigen Wochen erinnert man sich nur noch dunkel der Tragödie, und der Atem raubende Konkurrenzkampf der Schiffahrtsgesellschaft steuert zu neuen Katastrophen. Darum muß mit aller Bestimmtheit zum Ausbau der Rechte der Aufsichtsorgane geschritten werden und zwar in erster Linie der internationalen. Hier ist eine Aufgabe für die Vorkämpfer internationaler Verständigungen; denn die Materie, um die es sich handelt, ist bereits international. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß die Titanic rund sieben Millionen Briefsendungen aus der alten

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in die neue Welt befördern sollte; diese sieben Millionen stammten sicher nicht allein aus England, waren vielmehr aus allen Teilen Europas bei dem riesigen Sammelbecken zusammengeströmt. Das internationale Interesse an der Sicherheit des transatlantischen Schiffsverkehrs darf also unbedingt als nachgewiesen gelten. Ob freilich England sich in dieser Beziehung weitergehender Kontrolle wird unterwerfen wollen, wird abzuwarten sein.

* * *

Verschiedene Anzeichen im In- und Auslande sprechen dafür, daß der bevorstehende Sommer wieder recht lebhafte politische Aussprachen und Steigerung kriegerischer Stimmung bei allen Nationen bringen kann. Die republikanische Regierung in China kann wegen chronischen Geldmangels nicht recht zur notwendigen Autorität gelangen, und zwischen den geldgebenden Mächten schreitet die Verständigung nur langsam vorwärts; die deutsch-englischen Verhandlungen wegen einer Verständigung dürfen einstweilen als beendigt gelten, ohne daß sie ein greifbares Ergebnis gezeitigt hätten. In Frankreich drängt eine Strömung zur Anerkennung, die Ostmarokko verwaltungstechnisch mit Algier verbinden möchte, um so den Widerstand der Marokkaner gegen das französische Protektorat schneller und leichter brechen zu können. Ein solcher Schritt wäre mit den Bedingungen des Vertrages vom 4. November nicht vereinbar, da die Teilung Marokkos ausdrücklich und zwar zur Sicherung der wirtschaftlichen Interessen der Nichtfranzosen als unzulässig festgelegt ist. Sollte die Strömung dennoch Einfluß auf die französische Regierung gewinnen und diese zu entsprechenden Schritten veranlassen, so wären wir vor die Tatsache eines Vertragsbruchs gestellt, gegen den die Diplomatie der übrigen Mächte einzuschreiten gezwungen wäre. Die zunächst nur vermuteten Absichten Frankreichs, den Vertrag vom 4. November durchbrechen zu wollen, werden von alldeutscher Seite schon jetzt benutzt, um von neuem den deutsch-französischen Gegensatz zu verschärfen. Eine neuerliche Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften, wie im vorigen Herbst, müßte im höchsten Maße bedauert werden. Ganz abgesehen von der Gefährlichkeit des Spiels mit dem Feuer bedeutet eine zwecklos angefachte Erregung den unwirtschaftlichen Verbrauch von nationaler Wärme, der sich im Ernstfalle bitter rächen muß. Auch nationalen Aufgaben gegenüber kann das Volksempfinden abgestumpft werden. Einmal entwickelte Kräfte müssen, sollen sie kein Unheil anrichten, für bestimmte Zwecke verbraucht werden. Das ist ein längst bekanntes Gesetz. Aufgepeitschte nationale Leidenschaften, die sich nicht in einer großen internationalen Angelegenheit austoben können, müssen mit unerbittlicher Naturnotwendigkeit auf die innere Politik übergreifen. Verärgerung und Unlust sind die notwendigen Folgen seelischer Überreizung, Stumpfheit ernsten nationalen Aufgaben gegenüber ist die Folge der Überspannung des nationalen Ehrgeizes.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

In der Marokkoangelegenheit die Geister gegenwärtig zu erhitzen, ist aber um so gefährlicher, als heutzutage jeder deutsche Politiker, der Anspruch darauf erhebt, ernst genommen zu werden, wissen muß, daß die Regierung nicht daran denkt, in Marokko Land zu erwerben. Die Gründe für diese Haltung der deutschen Regierung sind seit zehn Jahren so oft in diesen Heften auseinandergesetzt worden, daß es sich wohl erübrigt, noch einmal darauf einzugehen. Selbst wenn es demnächst bei der endgültigen Grenzregulierung in Mittelafrika zu ernsteren Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich kommen sollte, so würde ein Landerwerb in Marokko kaum in Erwägung gezogen werden, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil man an verantwortlicher Stelle in Deutschland nicht beabsichtigt, das Vaterland mit einem kostspieligen Unternehmen zu belasten, das seine strategische Lage auf dem Weltkriegsschauplatz gegenwärtig nur verschlechtern könnte. Marokko interessiert uns lediglich wirtschaftlich, politisch mögen die Franzosen fortfahren, sich daran zu erfreuen; wir gönnen ihnen ebenso die neuen Volksgenossen wie die neuen Waffenbrüder, die erst in der abgelaufenen Woche alle Beweise ihrer Anhänglichkeit an Frankreich durch eine große Meuterei in Fez gegeben haben.

Sollten die weiter oben erwähnten Strömungen Ostmarokko mit Algier zu verbinden, Einfluß auf die französische Regierung gewinnen, so würde der Vertrag vom 4. November 1911 zum erstenmal auf seine politische Bedeutung hin erprobt werden. Es müßte sich zeigen, ob die durch die Marokkanische Bank geschaffene Interessengemeinschaft des internationalen Großkapitals sowohl wie der als Aktionäre beteiligten neun Mächte stark genug ist, um sie insgesamt hinter die deutsche Diplomatie zu stellen. In rein politischer Beziehung steht Deutschland gegenwärtig den Franzosen in allen Marokkoangelegenheiten viel freier gegenüber als vor dem 4. November. Sollte es im Verlauf bevorstehender Verhandlungen zu energischeren Schritten von deutscher Seite kommen, so bedürfte es keiner Aktion mehr an der marokkanischen Küste. Die Marokkoangelegenheit gehört seit dem vorigen Jahre zu den Fragen der auswärtigen Politik, die zwischen Deutschland und Frankreich unter vier Augen auf dem Festlande erledigt werden können. (Weiteres findet sich zu diesem Thema in meinem Aufsatz „Das deutsch-französische Marokkoabkommen" in Heft 45 der Grenzboten von 1911, S. 291 bis 299.)

* * *

In der abgelaufenen Woche hat sich die Regierung auch nach langem Kampf hinter den Kulissen bereit gefunden, die Wehrvorlagen dem Reichstage zu übermitteln. Am Montag, den 22. d. M., sollen die öffentlichen Aussprachen über diesen wichtigen Gegenstand im Parlament beginnen. Die Besprechung in der Presse war schon äußerst lebhaft, da die Vorlage wohl niemanden recht zu befriedigen vermag. Sie ist in gewissem Sinne Flickwerk, das

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nur Ergänzungen bringen will, hier und da ein Loch zustopft, aber sonst die organischen Grundsätze, nach denen die Armee gefügt ist, nicht berührt. Darüber sind zahlreiche Militärschriftsteller recht ungehalten, andere wieder stehen auf dem Standpunkte der Regierung. Unsere Heeresverwaltung hatte nicht die Absicht, eine Reorganisation der Armee vorzunehmen, sie wollte lediglich ergänzen. Es kann somit nur Streit entstehen darüber, ob die Ergänzungen den Bedürfnissen entsprechen oder nicht und ob die Regierung mit der Bescheidenheit ihrer Forderung nicht doch sachliche militärische Bedenken beiseite schiebt. In der Tat ist es so. Die Regierung wagt es nicht, eine große Vorlage einzubringen, die unsere Armee wenigstens für die nächsten paar Jahre so ausbaute, wie es dem Reichtum und der Zahl der Bevölkerung entspräche. Sie fürchtet, von den Konservativen in der Deckungsfrage im Stich gelassen zu werden, und kann von den Sozialdemokraten die notwendige Zustimmung zu neuen Steuern nicht erwarten. Von einem regelrechten Kampf um die Deckungsfrage mit Reichstagsauflösung und Neuwahlen will die Regierung des Herrn von Bethmann nichts wissen. Also muß die Sache leiden!

Sehr bedauerlich ist diese Entwicklung der Dinge, weil sie auch die finanzielle Grundlage des Reichs nicht unberührt läßt und die mühsam vom bisherigen Reichsschatzsekretär Dr. Wermuth abgeschaffte Schuldenwirtschaft wieder einzuführen droht. Herr Wermuth hat nun in letzter Stunde noch einmal seine Stimme erhoben, um die von ihm eingeleitete Gesundung der Reichsfinanzen auch für die Zukunft sicher zu stellen. In einem in der Deutschen Revue veröffentlichten Artikel übt er eine außerordentlich scharfe Kritik an der neuen Richtung unserer Finanzpolitik. Herr Wermuth geht von der Reichsfinanzreform aus, die, „finanziell betrachtet, mit einigem Erfolg zu Ende geführt" worden sei, und schildert dann sehr ausführlich und einleuchtend die Sanierungsarbeit, die auf dieser Grundlage in den letzten Jahren geleistet worden ist. Sie wurde erreicht mit der Festsetzung des Satzes der Matrikularbeiträge, mit einer vorsichtigen Schätzung der Einnahmen und mit der Einleitung einer gesunden Anleihepolitik. Diese Heilmittel hätten in Bundesrat und Reichstag anhaltende Billigung gefunden. Das Auftauchen der Rüstungsvorlagen habe aber diese gesunden Grundsätze über den Haufen geworfen. Viele seien der Meinung geworden, daß die Finanzen schon zu gesund geworden seien. Herr Wermuth macht dann seine bekannte Gegenrechnung gegen die Optimisten auf und fährt fort:

Wer nun wünscht, daß die Überschüsse von 1911 für die Wehrausgaben von 1912, 1913 usw. verwandt werden, der vertritt damit folgenden Gedankengang: „Wir hätten eigentlich im Jahre 1911 leihen und die gesetzliche Schuldentilgung unterlassen müssen. Beides ist durch die Überschüsse in das bessere Gegenteil verkehrt; wir haben nicht geliehen und haben dem Gesetze gemäß Schulden getilgt. Den doppelten Erfolg aber wollen wir wieder aufgeben, weil ein neuer, in den bisherigen Finanzplan nicht hineinpassender Bedarf hervortritt. Jetzt machen wir für 1911 die Schuldentilgung rückgängig und nehmen nachträglich eine Anleihe auf, um mit den so gewonnenen Beträgen künftige Ausgaben zu bezahlen." Das ist ein ungemein gefährliches Beginnen. Nicht unbedenklich schon dann, wenn man auch

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nur den kleinen Bedarf für werbende Zwecke nachträglich als Anleihe aufnimmt. Darüber hinaus aber sicherlich geeignet, die Sanierungsarbeit zu unterbinden. Nach allen Regeln der Finanzkunst soll man Überschüsse zur Minderung der Anleihe benutzen. Mit ihnen die Lücken im ordentlichen Etat des oder der nächsten Jahre ausfüllen, heißt die Schwierigkeiten der dann folgenden Zeit vervielfachen. Man wolle nicht einwenden, daß die Ausgaben der neuen Wehrvorlagen zum Teil nur einmalig sind und daß diesem Teil die Überschüsse recht wohl zu Dienst gestellt werden dürften. Das wäre eines der Beruhigungsmittel, die uns schon früher zum Nachteile gereicht haben. Erfahrungsmäßig sinken die einmaligen Ausgaben, namentlich bei Heer und Marine, fast nie. Steht die Summe einmal im Etat, so hat sie das Beharrungsvermögen auf ihrer Seite. Neue „einmalige" Ausgaben erheben sich an Stelle der frühern. Die einzelne Kaserne, das einzelne Schiff erfordert eine einmalige Ausgabe; aber wenn deren Raten erledigt sind, so bemächtigt sich ein anderer Bau gleicher Art des leeren Platzes im Etat. Von den gegenwärtigen Neuforderungen des Heeres mag ein mäßiger Teil wirklich vorübergehender Natur sein, weil umfassende Organisationen ins Leben treten. Aber die große Rechnung darf dadurch nicht beeinflußt werden; im wesentlichen hat der Finanzmann die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats ebenso zu behandeln wie die fortlaufenden. Hier indes handelt es sich nicht bloß um allgemeine Finanzregeln, sondern um viel mehr: um die Weiterführung oder Unterbrechung, wenn nicht Preisgabe des Gesundungsprozesses. Die Gesundung ist weit schneller fortgeschritten, als wir hoffen durften. Noch ein oder zwei Jahre auf dem bisherigen Wege, und wir hätten das Ziel sicher erreicht. Statt nun mit beiden Händen zuzugreifen und das Jahr 1911 vorbildlich für die kommende Zeit sein zu lassen, sollen wir uns damit einwiegen, daß wir ja gar nicht nötig gehabt hätten so eilig vorwärtszukommen, und sollten die einmal erreichten Vorteile wieder von uns schieben? Damit geböten wir nicht nur der Gesundung Halt, sondern trügen einen neuen Krankheitskeim in die Finanzen. Ein Nebeneinander von Sanierung und von deckungsloser Befriedigung des neuen Bedarfs ist nicht möglich. Die Grenzen zwischen beiden werden sich verwischen, und der neue Bedarf, in die Sanierungsfortschritte hineingezwängt, wird diese zerstören.

Auf Grund rechnerischer Versuche kommt Herr Wermuth zu dem Schluß, daß die neuen Ausgaben nur auf zweierlei Art gedeckt werden können: entweder durch neue Einnahmen oder durch Rückfall in die Anleihe. Eine starke neue Einnahme könne aber nur aus einer Besitzsteuer fließen, und als eine solche Besitzsteuer könne nur die Erbschaftssteuer in Betracht kommen. Hoffen wir, meint die Kölnische Zeitung, daß das Urteil des bisherigen Schatzsekretärs bei der kommenden Erörterung der Deckungsfragen noch schwer in die Wagschale fallen wird. G. Cl.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Cleinow in Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung in Wilmersdorf. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.
Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 86/87.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG